

# Initiative für eine 13. AHV- Rente

Bevölkerungsbefragung

Oktober 2023

# IMPRESSUM

Bevölkerungsbefragung zur Initiative für eine  
13. AHV-Rente / Oktober 2023

Auftraggeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Auftragnehmerin: Sotomo, Dolderstrasse 24, 8032 Zürich

AutorInnen: Bruno Wüest, Simon Stückelberger

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1 Ausgangslage</b>	<b>5</b>
<b>2 Problembetroffenheit und Bekanntheit der Vorlage</b>	<b>5</b>
<b>3 Zustimmung zur Vorlage</b>	<b>8</b>
<b>4 Datenerhebung und Methode</b>	<b>10</b>

## 1 Ausgangslage

Voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 wird die Initiative «Für ein besseres Leben im Alter» (13. AHV-Rente) dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Ähnlich dem 13. Monatslohn von Erwerbstätigen soll auch bei der AHV eine 13. Rente ausbezahlt werden. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat Sotomo beauftragt, mittels einer repräsentativen Befragung der Stimmbevölkerung die aktuelle Stimmabsicht zur Initiative zu prüfen.

Die Sorgen in der Bevölkerung aufgrund der steigenden Preise und auch der Kenntnisstand zur Vorlage für eine 13. AHV-Rente sind aussergewöhnlich hoch. Die breite Zustimmung zur Vorlage impliziert zudem, dass die Ja-Kampagne die jetzigen Befürworter möglichst mobilisieren und vor allem in den eigenen Reihen einen Meinungsumschwung verhindern muss.

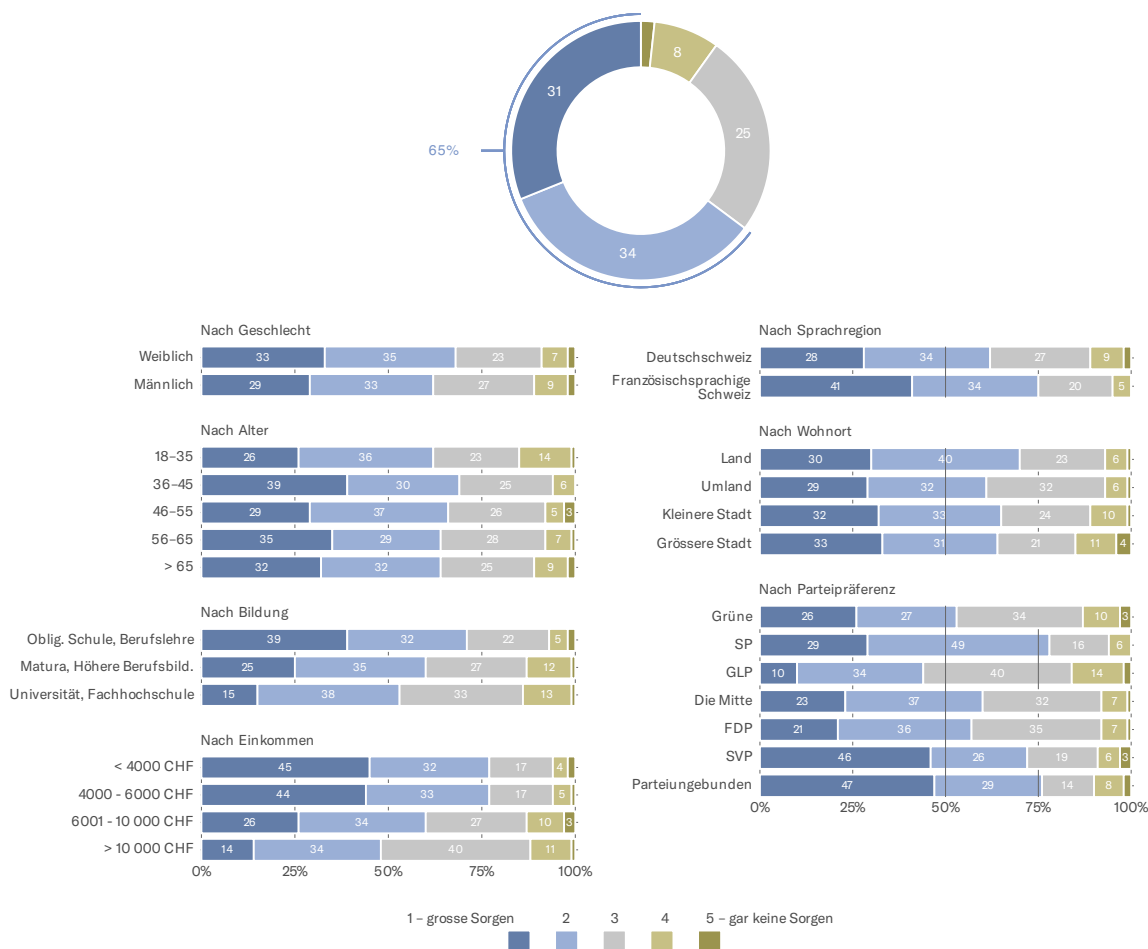
## 2 Problembetroffenheit und Bekanntheit der Vorlage

Als erstes wurden die Sorgen der Schweizer Stimmbürger:innen in Bezug auf die steigenden Preise abgefragt (Abb. 1). Dabei ging es weniger um die Frage, ob sich die Bevölkerungen aufgrund persönlicher Betroffenheit oder der Angst um die wirtschaftliche Gesamtlage Sorgen macht. Es ging eher darum, das subjektive Empfinden abzuholen, inwiefern die steigenden Preise die Leute generell beschäftigen.

Insgesamt blickt rund zwei Drittel der Stimmbevölkerung sorgenvoll auf die Inflation und Teuerung (Abb. 1). Dieses Resultat ist im Zusammenhang von immer noch hohen Energiepreisen und vor allem den massiv steigenden Krankenkassenprämien nicht weiter erstaunlich. Die grössere persönliche Betroffenheit zeigt sich sicher auch darin, dass sich Personen mit tieferem monatlichen Haushaltseinkommen und tieferem Bildungsgrad deutlich mehr Sorgen machen als einkommens- und bildungsstärkere Personen. Ebenso sind die Sorgen in der französischsprachigen Schweiz vergleichsweise stark ausgeprägt. Das höhere Problembewusstsein in den SP- und SVP-Wählerschaften sowie unter den parteiungebundenen Stimmbürger:innen deutet schliesslich darauf hin, dass das Thema über Parteigrenzen hinweg und auch in den unabhängigen Wählerschichten zu mobilisieren vermag.

Die übrigen Resultate sollten unbedingt im Kontext eines vergleichweisen hohen Problembewusstseins in der Bevölkerung interpretiert werden. Die wahrgenommene Dringlichkeit der steigenden Preise ist vielleicht auch während dem Abstimmungskampf im nächsten Jahr konstant hoch. Es gibt aber keine Gewähr dafür.

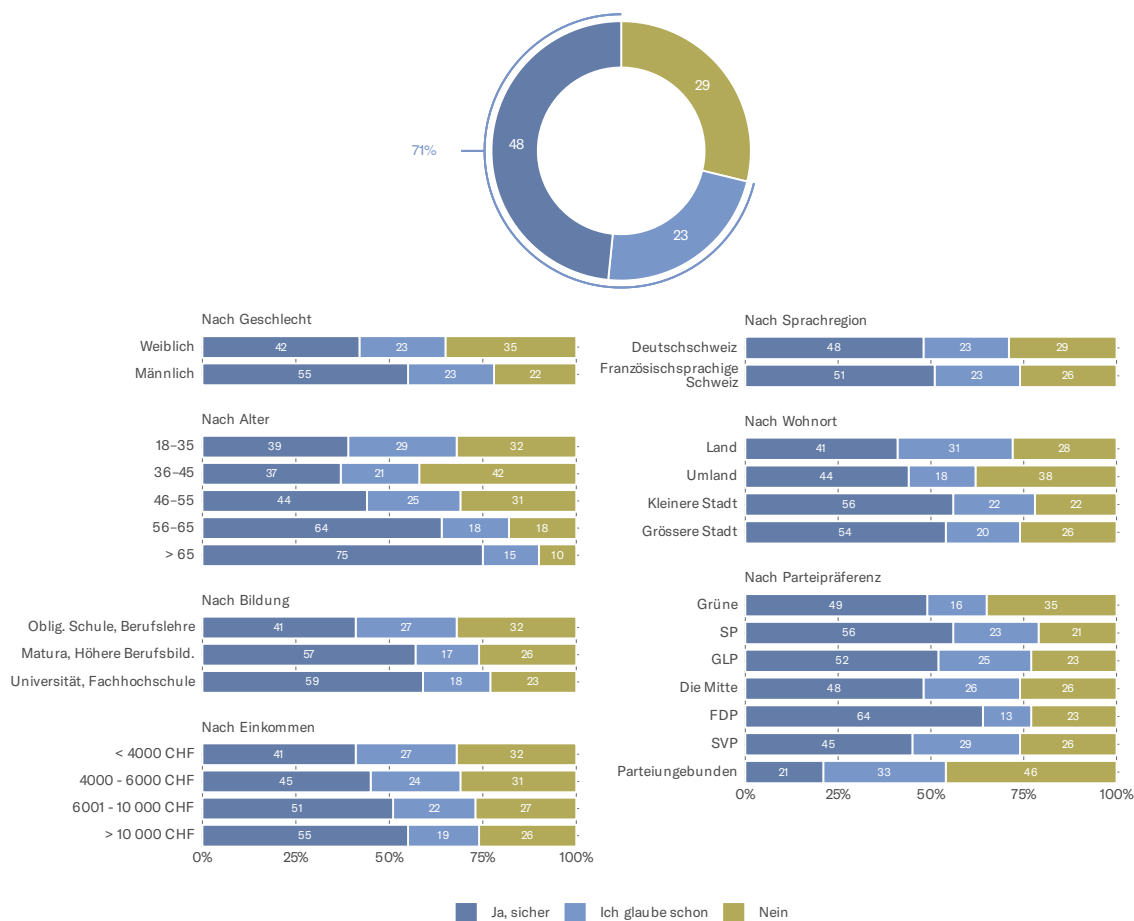
**Abbildung 1:** Wahrgenommene Betroffenheit durch die Teuerung und Inflation – Insgesamt, nach Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen, Sprachregion, Wohnort und Parteipräferenz



«Wie stark machen Ihnen die steigenden Preise (Teuerung/Inflation) in der Schweiz Sorgen?», Angaben in Prozent

71 Prozent der Schweizer Stimmbürger:innen geben an, bereits vom Anliegen der Initiative gehört zu haben (Abb. 2). Dieser vergleichsweise hohe Wert ist wahrscheinlich zum Teil auf die Dringlichkeit des Themas zurückzuführen. Alle Massnahmen, welche versprechen, die Kaufkraft zu erhöhen, sind im Moment sicherlich in der Wählergunst weit oben. Andererseits trägt die einfach und direkt verständliche Massnahme, welche die Initiative vorschlägt, vermutlich zur hohen Bekanntheit der Vorlage bei.

**Abbildung 2:** Detailkenntnisse der Vorlage – Insgesamt, nach Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen, Sprachregion, Wohnort und Parteipräferenz



«Die Initiative verlangt, dass bei den Altersrenten ein jährlicher Zuschlag in der Höhe einer monatlichen Rente ausbezahlt werden soll. Haben Sie schon mal davon gehört?», Angaben in Prozent

Der Unterschied im Bekanntheitsgrad zwischen den Geschlechtern ist wahrscheinlich auf einen generellen Zusammenhang zurückzuführen. Männer überschätzen sich tendenziell bei politischen Fragen, über das genügende Wissen zu verfügen, während Frauen ihre Kenntnisse eher unterschätzen. Der deutlich höhere Bekanntheitsgrad der Vorlage unter älteren Stimmbürger:innen ist sicherlich auch auf die grössere Betroffenheit zurückzuführen. Die restlichen augenfälligeren Unterschiede dürften auf Unterschiede im allgemeinen politischen Interesse liegen. So geben Personen mit einem höheren Bildungsgrad, höheren Einkommen, in der Stadt und mit Nähe zu einer Partei in der Regel eher an, politisch interessiert zu sein.

### 3 Zustimmung zur Vorlage

Die Zustimmung zur Initiative für ein 13. AHV-Rente ist in der Bevölkerung zum jetzigen Zeitpunkt hoch. Vor der Exposition mit Pro- und Gegenargumenten geben 70 Prozent der Befragten an, die Initiative mit ihrem jetzigen Wissensstand (eher) annehmen zu wollen. Dieser Anteil für die Zustimmung verfestigt sich auf 71 Prozent nach der Argumentexposition. Dieses Resultat spiegelt einerseits die Ergebnisse früherer Befragungen<sup>1</sup>, andererseits ist die Zustimmung auch für Volksinitiativen unüblich hoch. Volksinitiativen geniessen generell in der Schweizer Stimmbürgerschaft Vorschusslorbeeren, weil allfällige inhaltliche und formale Probleme erst mit Einsetzen des Abstimmungskampfes berücksichtigt werden.

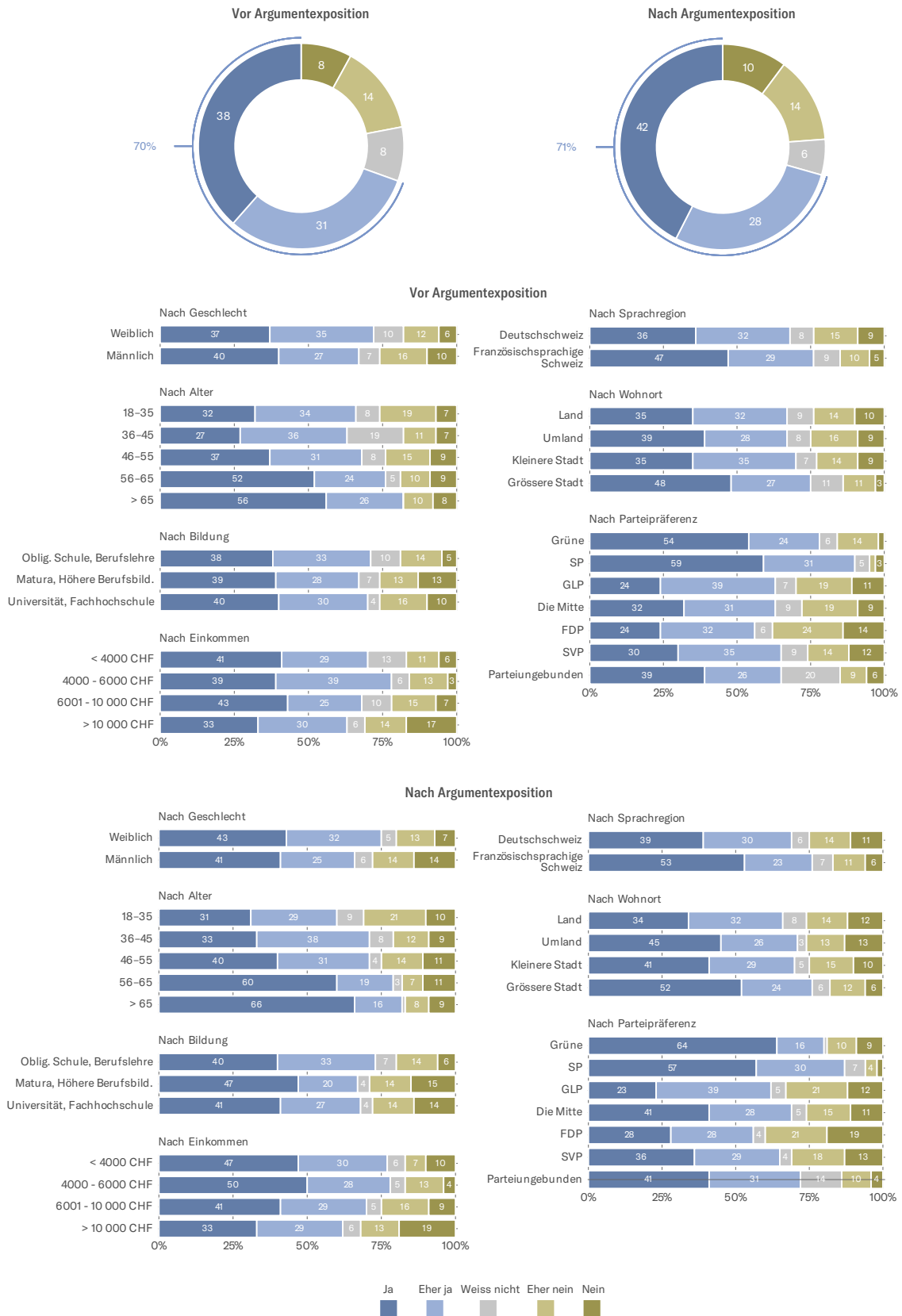
Es scheint, dass die Meinung zur Initiative bei vielen Stimmbürger:innen bereits vor der Abstimmungskampagne gefestigter ist als bei vielen früheren Initiativen. Dafür spricht auch der mit 56 Prozent relativ tiefe Anteil der Befragten, welche sich in ihrem Abstimmungsentscheid noch nicht sicher sind (Personen, welche «eher ja», «weiss nicht» oder «eher nein» angegeben haben). Üblicherweise ist dieser Wert anfangs der Befragung bedeutend höher und nimmt dann nach der Argumentexposition stärker ab.

Die Tatsache, dass die Initiative eine finanzielle Unterstützung für Rentner:innen verspricht, kommt offensichtlich unter den älteren Personen und Personen mit tieferen und mittleren Einkommen vergleichsweise gut an. Die relativ stärkere Zustimmung zur Vorlage unter den Frauen, in der französischsprachigen Schweiz, in den grösseren Städten und unter den sozialdemokratischen und grünen Parteien sind hingegen eher auf längerfristige Wertvorstellungen zugunsten eines ausgebauten Sozialversicherungswesen zurückzuführen. Trotz dieser Unterschiede ist es aber aussergewöhnlich, dass die Initiative im Moment in allen Bevölkerungsgruppen und selbst in den traditionell wirtschaftlich liberalen Kreisen (z.B. die FDP-Wählerschaft oder Personen mit einem hohen Haushaltseinkommen) noch eine mehrheitliche Zustimmung erfährt.

---

<sup>1</sup>Der Tagesanzeiger hat beispielsweise im Juli 2023 eine Zustimmung von 68 Prozent gemessen

**Abbildung 3:** Zustimmung zur Initiative vor und nach Argumentexposition – Insgesamt, nach Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen, Sprachregion, Wohnort und Parteipräferenz



«Was denken Sie, wie würden Sie mit Ihrem aktuellen Wissensstand bei der Abstimmung zur 13. AHV-Rente stimmen?» und «Aus jetziger Sicht: Würden Sie der Initiative für eine 13. AHV-Rente zustimmen?», Angaben in Prozent



## 4 Datenerhebung und Methode

Die Daten wurden zwischen dem 12. September und 26. September 2023 erhoben. Die Befragung erfolgte online. Die Teilnehmenden wurden über das Online-Panel von Sotomo, sowie über das Online-Panel von Bilendi rekrutiert. Nach Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 1468 Personen (524 aus der französischsprachigen Schweiz und 944 aus der Deutschschweiz) für die Auswertung verwendet werden.

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*). Neben soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien wie das Stimm- und Wahlverhalten beigezogen. Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die aktive Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf politisch gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität dieser Befragung ist jedoch vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/-2.5 Prozentpunkten.